

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe juli/august 2010**



**Herausgeber, V.i.S.d.P**  
Dr. Maren Jasper-Winter  
Vorsitzende des FDP-Be-  
zirksverbandes Berlin-Mitte  
Schlegelstr. 24  
10115 Berlin  
[liberalcentral@fdp-mitte.de](mailto:liberalcentral@fdp-mitte.de)

**Distribution**

700 Stück digital (.pdf)  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
[augustin@liberal-central.de](mailto:augustin@liberal-central.de)

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Claudia  
Bandow, Anno Blissen-  
bach, Ingo Kamps, Kurt M.  
Lehner, Justus Leonhard,  
Katja v. Maur, Peter Paw-  
lowski, Christian Platzer,  
Frauke Sander, Henner  
Schmidt, Tim Stuchtey

**Autoren dieser Ausgabe**

Peter Altmiks, Astrid Bötti-  
cher, Bärbel Freudenberg-  
Pilster, Christian Lindner,  
Alexander Schmidt

**Leserbriefe**

Benjamin Rösch

**FDP in Mitte im Internet**

[fdp-berlin-mitte.de](http://fdp-berlin-mitte.de)  
[fdp-fraktion-mitte.de](http://fdp-fraktion-mitte.de)  
[liberal-central.de](http://liberal-central.de)  
[fdp-gendarmenmarkt.de](http://fdp-gendarmenmarkt.de)  
[fdp-hackescher-markt.de](http://fdp-hackescher-markt.de)  
[fdp-ot.de](http://fdp-ot.de)  
[fdp-tiergarten.de](http://fdp-tiergarten.de)  
[fdp-wedding.de](http://fdp-wedding.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-  
zeichen geben die Meinung  
nur ihres Autors wieder,  
nicht die der Redaktion.

**liberal central**  
**mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes**  
**berlin-mitte**  
**ausgabe juli/august 2010**

[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

wir haben einen neuen Bundespräsidenten. Mit neuer Energie will und wird auch unsere schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene künftig das für unser Land Richtige und Wichtige und im Koalitionsvertrag Vereinbarte noch konsequenter als bislang anpacken, und wir freuen uns schon jetzt darauf, dass es dann nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit den Zustimmungswerten für die FDP steil nach oben geht.

In diesem Sinne wünscht Ihnen LC einen vergnüglichen und erholsamen Sommer, der ausnahmsweise nicht von Wahlkampfaktivität geprägt sein wird. Der Genuss der Klimakatastrophe lädt zu einem Bad im kühlen Nass, und außerhalb Bayerns darf man auch eine Zigarette danach rauchen, ohne eine Freiheitsstrafe zu riskieren. Bitte fühlen Sie sich an dieser Stelle nochmals eingeladen zu den diversen Sommerfesten in unserem Bezirksverband.

Was uns als Kern des politischen Diskurses im Lande in und nach der Sommerpause wesentlich begleiten wird, das formuliert unser Generalsekretär Christian Lindner im Gastkommentar dieser Ausgabe. Wir Berliner stehen ab Herbst darüber hinaus vor der Herausforderung, weiter an einem exzellenten landespolitischen Programm und einem exzellenten landespolitischen Personaltabellau für die Berlinwahl 2011 zu schmieden, mit welchen wir die Wählerinnen und Wähler an der Urne überzeugen können.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Ich wünsche die deutsche Öffentlichkeit hätte mit der gleichen Empörung auf den Bruch des europäischen Stabilitätspaktes 2004 reagiert wie auf unsere Entscheidung, Staatsanleihen zu kaufen.

Jean Claude Trichet

## Lagebericht der Vorsitzenden

# Von der Nationalelf lernen....

*von Maren Jasper-Winter*

...heißt, ein gutes Teamspiel hinzulegen, sich die Pässe zu zuspieren und sich breit aufzustellen (auch wenn es leider am Ende nicht für Platz eins gereicht hat). Dies hat uns Jogi Löw erklärt und unsere Nationalmannschaft zeigt, dass sie ein sehr gutes Turnier gespielt hat und spielt. Diese Strategie kann man der Bundesregierung nur empfehlen, denn in den vergangenen Monaten war das Miteinander der Koalitionspartner doch wohl vornehmlich durch Grätschen und Fouls geprägt.



Dies soll anders werden; das Positionspapier des Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle anlässlich der Klausurtagung des FDP-Bundesvorstands am 27./28. Juni sagt: „Wenn es in der Koalition hakt, bringt es uns nicht weiter, die Differenzen zu betonen oder Schuldige zu suchen; stattdessen müssen wir stärker Gemeinsamkeiten nach vorne stellen.“ Auch die CDU denkt zurzeit über eine Verbesserung ihres Auftretens nach. Gut ist auch, dass die Kanzlerin bei der jüngsten Fraktionssitzung der FDP anwesend war – ihr erster Besuch der Fraktion seit Beginn der Koalition.

Wir hoffen, dass die Koalition nunmehr in ruhigeres Fahrwasser gerät und weiterhin die Dinge umsetzt, für die sie gewählt wurde. Einiges wurde schon auf den Weg gebracht, z.B. wurde mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ Kindergeld und Kinderfreibeträge erhöht, das Schonvermögen für Hartz IV-Empfänger verdreifacht, Wachstumshemmnisse für den Mittelstand abgebaut und das Erbschaftssteuerrecht für Familien- und Familienunternehmen gerechter gestaltet.

Dennoch liegt noch viel Arbeit vor der FDP: schwierige Entscheidungen, die nicht unbedingt populär sind, müssen vermittelt werden. Z.B. die Maßnahmen aus dem Sparpaket. Auch der jüngst beschlossene Einstieg in die „wettbewerbliche Ordnung eines Gesundheitssystems“ erklärt sich nicht aus sich heraus. Denn vor allem die gesetzlich Versicherten sehen in erster Linie steigende Beitragssätze und Zusatzbeiträge der Krankenkassen.

Eine echte Gesundheitsreform wird hieraus erst, wenn wir erklären, welche weiteren Schritte zum Umbau des Gesundheitssystems hin zu einer Gesundheitsprämie erfolgen. Dafür ist eine Entkoppelung der Krankenversicherungskosten von den Lohnzusatzkosten notwendig. Um Licht in dieses recht komplexe Thema zu bringen und vor allem auch die Perspektive der Bundesregierung zu erfahren, sind wir froh, dass Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Daniel Bahr, am Abend des 31. August 2010 zu uns in den Bezirk für eine Diskussionsveranstaltung kommen wird. Sie sind herzlich eingeladen teilzunehmen und mitzudiskutieren!

In Berlin müssen wir uns vor allem für eine Verbesserung der Bildungspolitik einsetzen. Denn meines Erachtens wird dies eines der wichtigsten Themen in der Hauptstadt bleiben. Und dass Berlin immer noch ein ernsthaftes Problem hat, zeigt der kürzlich veröffentlichte bundesweite Schultest, der die Pisa-Studie ablöst. Hier wurden Neuntklässler in Bezug auf ihre Deutsch- und Englischkenntnisse geprüft. Berlin liegt auf den hinteren Plätzen. Besonders erschreckend ist, dass in unserer Stadt die Leistungen überdurchschnittlich stark davon abhängen, welchen sozialen Status eine Familie hat. Dies ist ein Armutszeugnis für die rot-rote Schulpolitik. Die rot-rote Einheitsschule wird dieses Problem nicht lösen, sondern verschärfen, da sie es nicht schaffen wird, die Schülerinnen und Schüler gezielt zu fördern. Umso wichtiger ist die von der FDP geforderte verbindliche Startklasse ein Jahr vor Eintritt in die Grundschule. Hier sollen die Kinder gezielt im Hinblick auf ihre Sprachkenntnisse gefördert werden.

Der Tod der bekannten Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig erinnert uns in diesen Tagen an ein Thema, das es in ihrem Sinne weiterzuerfolgen gilt. Mit ihrem „Neuköllner Modell“ hat sich die engagierte Richterin für eine schnelle Bestrafung krimineller Jugendlicher eingesetzt, um den Jugendlichen früh die Grenzen des Rechtsstaats aufzuzeigen. Denn das Jugendgericht muss sicherlich auch die Funktion haben, als Ausstiegsschance aus einer kriminellen Karriere zu fungieren. Auch der sog. Warnschussarrest wäre ein geeignetes Mittel, dem Jugendlichen deutlich zu machen, dass sein schwerer Rechtsverstoß nicht ohne jede unmittelbare Folge bleibt.

---

*Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

## Linksextremismus in Berlin

von Astrid Bötticher

Linksextremistische Straftaten stiegen laut dem neuesten Verfassungsschutzbericht von 701 auf 1096 Taten, davon waren sieben Taten versuchte Tötungsdelikte. Die meisten linksextremen Straftaten wurden in Berlin begangen.

In Angesicht der Datenlage mag der letzte größere Zwischenfall, der bereits den Bundestag beschäftigte, nicht verwunderlich sein. Von einer „neuen Qualität“ zu sprechen scheint unangebracht – vielmehr erscheint der Sprengstoffanschlag als weiterer Schritt innerhalb einer ganzen Serie von Gewalt. Dabei hatten die getroffenen Polizisten noch Glück, da die Explosion in etwa auf Höhe des Gemächts erfolgte. Dr. med. Claas T. Buschmann, Gerichtsmediziner und Arzt vor Ort, berichtet: „Wäre die Explosion auf Kopfhöhe erfolgt, hätte dies schwerste Verletzungen nach sich gezogen.“ Der Sprengkörper wurde mit Partikeln bestückt die anscheinend den Zweck hatten, sich durch die Schutzkleidung „durchzufressen“. Schwere Verletzungen, so lässt sich hier vermuten, waren beabsichtigt und die Schutzkleidung der Polizisten schon während der Konstruktion des Sprengkörpers mit einberechnet.

In Angesicht einer immer weiter um sich fassenden Welle der Gewalt gegen Andersdenkende und Symbole rechtstaatlicher Ordnung – und dazu zählt die Polizei – ist es nicht unerheblich sich einmal über die für die freiheitliche Grundordnung so wichtige Solidarität unter Demokraten Gedanken zu machen. Schon Mao sprach von den Fischen im Wasser, die die Maoisten sein sollten und die Terrorismusforscherin Louise Richardson sieht die Gesellschaft als wichtigen Faktor zur Beförderung und Verhinderung von politisch motivierter Gewalt.

Schweigt die Gesellschaft, so deuten Extremisten das Schweigen als Zustimmung und fühlen sich animiert weitere Straftaten zu begehen. Im Bereich des Rechtsextremismus werden bereits konsequente Mittel angewandt: So arbeiten beispielsweise im Sächsischen Landtag die Demokraten aller Parteien eng zusammen, wenn es um

Anträge der NPD-Fraktion geht. Eine Politik der Isolation ist hier für alle demokratischen Parteien selbstverständlich. Dies ist im Bereich linksextremer Straftaten nicht der Fall.

Als beispielsweise die Jungen Liberalen und die Junge Union im März nach dem Anschlag auf ein SPD-Büro eine gemeinsame Erklärung der politischen Jugendorganisationen Berlins lancieren wollten, wurden sie von den übrigen Jugendvertretern ausgebremsst. David Issmer, Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Berlin, erinnert sich an die Bemühungen:

„Wir hatten eine deutliche Verurteilung der Gewaltanwendung formuliert und den Text den übrigen Jugendorganisationen als Entwurf zugeleitet. Doch statt mitzumachen und den Text zu überarbeiten, lehnten Jusos, Solid und Grüne Jugend eine solche gemeinsame Erklärung leider aus grundsätzlichen Erwägungen ab.“

Neben der Tatsache, dass eine Politik der Isolation auch durch gemeinsame Solidaritätsbekundungen aller demokratischen Parteien erfolgen kann, ist es angebracht sich auf Demonstrationen gegen den gewaltbereiten sogenannten „Schwarzen Block“ zu wehren. Man kann hier zusammenstehen und den „Schwarzen Block“ darauf hinweisen, wie etwa gegen Studiengebühren protestierenden Studenten in Erlangen, den Protest gewaltfrei zu halten und auf friedliche und demokratische Weise seinen Unmut kundzutun.

Im Bereich des Antiextremismus geht es darum zusammenzustehen und für eine Kultur der Diversität zu plädieren. Dabei kann es nicht darum gehen, Programme gegen Rechtsextremismus gegen Programme gegen Linksextremismus auszuspielen, sondern für eine Kultur der Toleranz zu arbeiten. Antikommunismus und Antifaschismus sind in diesem Sinne Ansätze, die lediglich eines der Problemfelder, vor denen wir heute stehen, aufgreifen. Der Antiextremismus postuliert nicht, Links- und Rechtsextremismus seien inhaltsgleich – vielmehr wird eine Gleichheit in der Struktur postuliert.

In diesem Sinne vermag der antiextremistische Ansatz einer Kultur der Differenz und gesellschaftlichen Liquidität am besten zu dienen – und somit dem liberalen Rechtsstaat.

---

*Astrid Bötticher ist Schatzmeisterin des OV  
Hackescher Markt*

## Gastkommentar

# Die Dynamik der Wettbewerbsordnung erfolgreich nutzen

von *Christian Lindner*

Zur Zeit wird in der Öffentlichkeit viel und kritisch über Liberalismus diskutiert. Dabei wird den Liberalen nicht selten der Vorwurf gemacht, die gegenwärtigen Probleme an den Finanzmärkten durch ihre vermeintliche ordnungspolitische Nachlässigkeit strukturell erst möglich gemacht zu haben. Deutlich seltener hingegen wird darauf hingewiesen, dass es die rot-grüne Regierung war, die 2005 die Aufweichung des Stabilitätspaktes vorangetrieben hat. Zudem zeigt bereits ein kurzer Blick in die Archive des Bundestages, dass die FDP in den vergangenen Jahren in zahlreichen Anträgen und Initiativen auf die Notwendigkeit einer strengeren Regulierung der Finanzmärkte hingewiesen hat – leider vergeblich.

Doch bringt es in der gegenwärtigen Situation nicht viel, über verpasste Chancen in der Vergangenheit zu lamentieren. Die Frage muss nun vielmehr lauten: Welche Lehren für die Zukunft lassen sich aus der gegenwärtigen Krise ziehen?

Die neue SPD des Sigmar Gabriel und der Andrea Nahles hat ihre Antwort darauf schon gefunden: Sie möchte die soziale Marktwirtschaft durch eine sogenannte „demokratische Marktwirtschaft“ ersetzen. Was verbirgt sich dahinter? Einen ersten Hinweis lieferte die SPD-Generalsekretärin kürzlich in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in dem sie sich für eine verstärkte „Investitionslenkung der Privathaushalte“ ausspricht. Zum Vergleich: Eine nahezu gleichlautende Formulierung findet sich auch im Grundsatzprogramm der Linkspartei, wo „neben leistungsfähigen öffentlichen Unternehmen eine zielgerichtete öffentliche Investitionstätigkeit“ eingefordert wird.

Wie sind dergleichen Forderungen der politischen Linken zu verstehen? Ganz offenbar soll der Grundsatz freien Entscheidungen im Rahmen der Gesetze ersetzt werden. An seine Stelle tritt dann das Prinzip, dass nur noch zu produzieren und konsumieren ist, was durch demo-

kratische Kollektiventscheidung geboten ist. Eine solche „Neuausrichtung“ der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik legt die Befürchtung nahe, dass Rot-Rot-Grün in NRW doch deutlich besser harmonisieren könnte, als von Beobachtern (und dem einen oder anderen vernünftigen Sozialdemokraten) vorhergesagt.

Wofür aber plädiert die FDP?

Es bringt nichts, in der gegenwärtigen Krise die Finanzbranche pauschal zu verteufeln. Zumal die Finanzmärkte auch weiterhin das Kapital für Innovation und wirtschaftlichen Fortschritt zur Verfügung stellen müssen.

Gleichwohl steht außer Frage, dass wir durch eine neue Finanzaufsicht, durch die beschlossene Bankenabgabe und durch neue Kapitalanforderungen an die Finanzinstitute gegen irrealen Risiken sowie zum Teil anarchisch anmutende Strukturen auf den Finanzmärkten vorgehen werden.

Das alles jedoch muss im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft erfolgen, deren Erneuerung die Antwort auf die Erfahrung der Krise ist. Unser Ziel ist es daher, die gesellschaftliche Friedensidee der Sozialen Marktwirtschaft als ihre eigentliche kulturelle Errungenschaft wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Es ist die Verbindung von Fortschritt und sozialem Ausgleich, von Teilhabe und Leistungsgerechtigkeit, die wir anstreben. Damit verbunden sind unter anderem neue Spielräume für individuelle Kreativität, indem wir privates Engagement und Staats-tätigkeit durch bürokratisches und fiskalisches Augenmaß wieder in ein neues Gleichgewicht bringen.

Das alles kann jedoch nicht – wie es die SPD gerne hätte – gegen den Markt erfolgen. Im Gegenteil: Nur wenn es uns gelingt, die Dynamik der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung erfolgreich zu nutzen, wird es uns gelingen, faire Teilhabechancen, sozialen Aufstieg und ein vernetztes Bildungswesen, das keine Sackgassen kennt und niemanden zurücklässt, erfolgreich zu realisieren.

Daran arbeiten wir, das ist das Ziel der FDP!

---

*Christian Lindner MdB (LV NRW) ist Generalsekretär der FDP*

## Zum Thema

# Alle müssen Maß halten, nur die Journaille nicht ...

von Peter Altmiks



Die selbsternannten Investigatoren und Gutmenschen in den Medien, insbesondere im üppig alimentierten Staatsfernsehen und -rundfunk, stürzen sich immer gern auf echtes oder vermeintliches Fehlverhalten der Politik oder Wirtschaft und sehen sich selbst als Schützer der sozial Schwachen und Benachteiligten. Den Balken im eigenen Auge übersehen sie gern, den Splitter woanders natürlich nicht. Letzte Woche wurde eine neue Rundfunkgebühr beschlossen. Dieses Modell definiert den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als von jedem zu finanzierendes öffentliches Gut. Bisher konnte man den Spitzeln der GEZ noch entkommen, indem man kein empfangsbereites TV- und Radiogerät in seiner Wohnung (auch nicht im Keller oder auf dem Dachboden...) hatte. Jetzt ist es vielmehr eine Steuer – netterweise „Haushaltsgebühr“ genannt – , die nicht mehr auf die tatsächliche Nutzung abzielt. Wer sich bisher vor dem sinkenden Niveau und der politischen Verzerrung gewisser Medien schützen wollte, konnte sich dem durch Abmeldung und Nichtkonsum entziehen. Damit ist nun Schluss. Wo kämen wir denn auch hin, wenn man mit den Füßen abstimmen dürfte...

Ach ja, wenn mal wieder eine findige Journalistin Sparbeschlüsse kritisiert oder den Banken Gier vorwirft: Man selbst schreibt sein eigenes Auskommen zu Lasten der Allgemeinheit gern krisensicher fest. Das Bundesverfassungsgericht hat sogar für eine „Bestands- und Entwicklungsgarantie“ für ARD und ZDF gesorgt. ARD und ZDF melden den Finanzbedarf, eine Kommission prüft und die Bundesländer nicken die nächste Gebührenerhöhung brav ab. Die derzeit gewährten 7,2 Mrd. Euro gehen weit über den ursprünglich gedachten Grundversorgungsauftrag hinaus und finanzieren u.a. überflüssige Internetaktivitäten, quersubventionierte Konkurrenz im Werbemarkt und die hohen Gehälter und Einkommen von Sportlern und privaten Vereinen. Egal, gehört doch alles zur Grundversorgung, oder? Wer z. B. die teuren Senderechte für Fußball kritisiert, macht sich in Fußballdeutschland sowieso unbeliebt...

---

*Dr. Peter Altmiks (OV Oranienburger Tor)*

## Zum Thema

# Auswege aus dem Stimmungstief

von Alexander Schmidt



Die FDP hat ein Problem. Als wichtigster Grund wird allgemein ausgemacht, dass die FDP die vor der Wahl mit breiter Mehrheit beschlossene Programmatik in den Koalitionsverhandlungen nicht oder nur in Teilen umgesetzt habe und thematisch viel zu einseitig auf Steuersenkungen ausgerichtet sei. Aus meiner Sicht ist dies völlig richtig. Leider wirkt es so, dass sich die Parteispitze schwer damit tut, Konsequenzen zu ziehen. Der erste Ausweg aus der schwierigen Situation besteht meines Erachtens darin, die eigene Programmatik wieder Ernst zu nehmen und die inhaltliche Breite der Partei offensiv zur Geltung zu bringen. Das erleichtert es auch, die Partei aus der selbst auferlegten einseitigen Bindung an die Union zu lösen und für die Zeit nach künftigen Wahlen Koalitions- und damit auch Handlungsoptionen im Sinne liberaler Politik zu schaffen.

Wichtig ist auch das stärkere Engagement der Mitglieder in den Ortsvereinen. Zur Jahreshauptversammlung bin ich immer wieder darüber erstaunt, wie viele Mitglieder im Ortsverein organisiert sind. Ich würde mich darüber freuen, einen größeren Teil dieser Mitglieder auch zu den unterjährigen Aktivitäten oder an Wahlkampfständen zu treffen. Leider habe ich viel zu oft den Eindruck, mit der Zahlung des Mitgliedsbeitrags habe sich das politische Engagement in der FDP erschöpft, und aus diesem Grund habe das Mitglied einen Anspruch auf eine Art Vollversorgung mit liberaler Politik.

Die Mitgliedschaft in der FDP und das Bekenntnis hierzu ist keine „Schönwetter-Veranstaltung“. Und trotzdem ist es wichtig, sich regelmäßig mit den anderen Mitgliedern an der Basis auszutauschen und politisch über die Ausrichtung der Partei zu streiten. Das kann sogar Spaß machen. Wir haben im nächsten Jahr in Berlin Wahlen zu bestehen. Überzeugungen in der Wählerschaft werden immer noch lang- und mittelfristig geprägt. Dies geschieht auch, indem man Präsenz und Freude an der Politik zeigt, auch wenn es gerade nicht einfach ist. In diesem Sinne, lassen Sie uns gemeinsam diskutieren, streiten und handeln!

---

*Alexander Schmidt (OV Gendarmenmarkt)*

## Aus dem Abgeordnetenhaus

# Vergabegesetz, Bürgerbegehren, Wertstofftonne

von *Henner Schmidt*

Das Abgeordnetenhaus hat ein neues Vergabegesetz verabschiedet. Wir haben dies abgelehnt, denn die Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen, die durch die hohen Auflagen entstehen, erschweren den KMU den Zugang zu öffentlichen Aufträgen. Wer noch nie an einer solchen Ausschreibung teilgenommen hat, kann offensichtlich kaum ermessen, wie aufwendig dies sein kann. Die Vorgabe ökologischer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (wie z.B. die Berücksichtigung der Energiekosten über die Lebenszeit) unterstützen wir. Dies wird jedoch am besten im Rahmen der Spezifikationen des aususchreibenden Gegenstandes umgesetzt, es bedarf dazu gar keines Vergabegesetzes.



Das AGH hat in 1. Lesung eine Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes behandelt. Die Koalition schlägt darin vor, bei bezirklichen Bürgerbegehren auf deren Bindungswirkung hinzuweisen. Dies bedeutet leider, dass in fast allen Fällen die Initiatoren und Abstimmenden eines Bürgerbegehrens mitgeteilt bekommen, dass es so wieso nicht bindend sein wird. Es wäre dagegen dringend nötig, die Voraussetzung für eine Bindungswirkung zu schaffen, so wie es auch unser Bezirksverband beschlossen hat.

Die öffentliche Diskussion um die Einführung einer Wertstofftonne für bisher nicht erfasste Wertstoffe wird schärfer. Die BSR steht mit ihrer „Orange Box“ gegen das funktionierende System der „Gelben Tonne Plus“. Solange für die Orange Box nicht nachgewiesen werden kann, dass sie einen ökologischen Vorteil hat und auch die zusätzlichen Gebührenbelastungen für die Bürger nicht feststehen, sollte ein weiteres System nicht eingeführt werden. Außerdem ist wichtig, dass der Wettbewerb bei Glas, Papier und Verpackungsabfällen erhalten bleibt und nicht durch ein Totalmonopol der BSR ersetzt wird. Auch die neue Rechtslage durch die Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes auf Bundesebene sollte erst einmal abgewartet werden.

---

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),  
Stellv. Vorsitzender des BV Mitte und Beisitzer  
im Landesvorstand der FDP Berlin*

## Aus der Landespartei

# Landesvorstand für Wulff

von *Tim Stuchtey*

Kein Thema hat die Öffentlichkeit in den letzten Wochen (neben der Fußball-WM) mehr bewegt als die Wahl eines neuen Bundespräsidenten. Die nach dem unglücklichen Rücktritt von Prof. Dr. Horst Köhler kurzfristig notwendig gewordene Wahl war daher auch das dominierende Thema im Landesvorstand der Berliner FDP.



Vier Wahlmänner und eine Wahlfrau waren aus unseren Reihen Mitglied der Bundesversammlung, die frei nach ihrer Überzeugung zwischen den beiden wesentlichen Kandidaten Christian Wulff und Dr. h.c. Joachim Gauck wählen durften. Im Vorfeld der Wahl haben einzelne Wahlmänner der Regierungsfractionen sich öffentlich für den Kandidaten der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Gauck, ausgesprochen. Die Öffentlichkeit hat daher in Frage gestellt, ob die FDP geschlossen hinter ihrem Kandidaten Wulff stehen würde. Der Landesvorstand sah sich daher gefordert, sich öffentlich zu dieser Frage zu positionieren.

Bei aller Hochachtung für die Person Gauck und seiner freiheitlichen Einstellung und Lebensleistung, so hat der Vorstand sich doch ganz klar und mit großer Mehrheit für Christian Wulff und den Vorschlag von Guido Westerwelle, Angela Merkel und Horst Seehofer ausgesprochen. Ein erfolgreicher CDU-Ministerpräsident, der viele Jahre erfolgreich mit der FDP in Niedersachsen regiert hat und sich durch seine liberale Positionierung innerhalb der CDU auszeichnet ist die richtige Wahl. Letztendlich hat dies auch die Bundesversammlung so gesehen und wer die „Spin Doctors“ von SPD, Grünen und Linken während und nach der Wahl in den Interviews gehört hat, wird wissen, dass diese Positionierung des Landesvorstands auch richtig war.

Mit seinem Beschluss hat sich der Landesvorstand nicht gegen Gauck ausgesprochen und schon gar nicht versucht, die Wahlmensen aus unseren Reihen festzulegen. Aber es galt in der Öffentlichkeit ein Signal zu setzen, dass wir zu dem Vorschlag unserer Parteiführung stehen, auch wenn wir uns sicher eine bessere Vermittlung der Entscheidung innerhalb der Partei gewünscht hätten.

---

*Dr. Tim Stuchtey (OV Tiergarten) ist Beisitzer  
im Landesvorstand der FDP Berlin*

## Berichte aus Mitte

# Wettbewerbverzerrung durch öffentlich geförderte Dumpinglöhne

*Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion*

Die BVV-Sitzung vom Juni 2010 war in gewisser Hinsicht eine Premiere. FDP-Fraktion reichte einen Antrag ein, in dem das Bezirksamt bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge zur Einhaltung der Mindestlöhne (sic) verpflichtet werden soll. Die Fraktion der Linken hat sich spontan unserem Antrag angeschlossen. Die BVV beschloss den Antrag einstimmig.

Zu den Hintergründen: Im Bezirk sollten Malerarbeiten im Rathaus Wedding ausgeführt werden. Das Bezirksamt hat sich diesbezüglich eines Projektmanagements des Stadtteilvereins Tiergarten bedient. Dieser ist offiziell der Auftraggeber und Bauherr zugleich. Der Projektmanager erhält 3 Prozent der Projektkosten. Der Stadtrat für Soziales und Bürgerdienste Stephan von Dassel (Bündnis 90/ Die Grünen) sagt dazu: „In der Ausschreibung musste sich der Auftragnehmer verpflichten, das Arbeitsförderungsrecht, sonstige Förderrichtlinien sowie die geltenden Tarifbestimmungen zu beachten. Den Ausschreibungsunterlagen – die zwingend eine weitgehende Beschäftigung von durch das Jobcenter Mitte benannten Personen vorsah - war in Abstimmung mit dem Jobcenter Mitte eine Musterkalkulation für die Personalkosten beigelegt. Diese Musterkalkulation sah für die Malerhelfer bei einer Wochenarbeitszeit von 38 Stunden einen Bruttoarbeitslohn von 1.000,- Euro (Stundenlohn 6,- Euro) und für Maler einen Bruttoarbeitslohn von 1.250,- Euro (Stundenlohn 7,50 Euro) vor.“ Und genau das ist das Problem. Das allgemein verbindliche Mindestlohn beträgt für Helfer 9,50 und 11 Euro für Maler. Durch die geschilderte Vergabepaxis werden also die Mindestlohnbestimmungen umgegangen, und dies mit fatalen Folgen für die Handwerksbetriebe und deren Beschäftigten auf dem freien Markt. Diese sind nämlich verpflichtet, Mindestlöhne zu zahlen, was automatisch eine Erhöhung der Kosten nach sich zieht. Das Ergebnis: in Konkurrenz zu den vom JobCenter subventionierten Dumpinglöhnen haben die Betriebe auf dem freien Markt keine Chance, öffentliche Aufträge zu erhalten. Der Stadtrat von Dassel verteidigt die Vergabepaxis, in dem er auf geringere Kosten für den Bezirk und die Schwierigkeiten von Beschäftigung schlecht qualifizierter „Mitarbeiter

und Mitarbeiterinnen ..., die mit großer Wahrscheinlichkeit nicht über die Arbeitsproduktivität von regulär gewerblich Beschäftigten verfügen“ hinweist. Die Verteuerung dieser Arbeitskräfte durch den Mindestlohn, würde ihren Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erschweren.

Aus der Sicht der FDP-Fraktion könnte es keinen besseren Beleg für Sinnlosigkeit der Mindestlohnregelungen einerseits und Doppelmoral der öffentlichen Hand andererseits geben. Aus guten Gründen lehnen wir den Mindestlohn ab und fordern die Einführung des Billiglohnbereiches (der auch mit Transferleitungen unterstützt werden kann). Die jetzige Praxis zeigt, dass selbst die öffentliche Hand nicht bereit ist, Mindestlöhne zu zahlen. Die Folgen sind: Wettbewerbsverzerrung und Vernichtung der Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt. Skurriler Weise werden die meisten öffentlichen Ämter in dieser Stadt gerade von Vertretern der Parteien besetzt, die am lautesten nach Mindestlöhnen schreien. Es ist Zeit, dass sie sie auch zahlen!

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363

Öffnungszeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00

[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

## Verte!

*Ingo Kamps vom OV Gendarmenmarkt*

Auch wenn die letzte Mitgliederversammlung aufgrund der kurzfristigen Absage unseres Bundesvorstandsmitglieds Alexander Pokorny leider ausfallen musste, fanden sich viele Mitglieder im Abgeordnetenhaus ein, um über das gegenwärtige Erscheinungsbild der FDP zu diskutieren. Auch wenn die Erklärungen der Anwesenden durchaus unterschiedlich ausfielen, stachen doch einige Punkte der bisherigen Regierungsarbeit hervor, die allgemein nicht sehr positiv gesehen werden. Das Gesprächsbedarf besteht, konnte man schon daran erkennen, dass auch der Juni-Stammtisch des OV zum weiteren Austausch über die aktuelle Lage der FDP lebhaft genutzt wurde. So gut wie alle Mitglieder wünschen sich, dass die Sommerzeit von der Bundesspitze ausgiebig genutzt wird, die inhaltliche Ausrichtung und die Außenwirkung der Partei zu optimieren. Wir vom Vorstand des Ortsverband Gendarmenmarkt wünschen den Protagonisten viel Erfolg und allen Mitgliedern unseres OV eine erholsame Urlaubszeit.

## Lobbying: Gegenseitige Information

*Anno Blissenbach v. OV Hackescher Markt*

Unsere Mitgliederversammlung im Juli begann mit Nachwahlen zum OV-Vorstand, die neue Schatzmeisterin ist Astrid Bötticher, ein neuer Beisitzer ist Thilo Maluch. Mit seinem exzellenten Vortrag zum Thema "Lobbyismus" erwies Dr. Wolf-Dieter Zumpfort anschließend seinem ehemaligen OV und dessen zahlreichen Gästen erstmals die Ehre, seit der ehemals u.a. als FDP-Landesvorsitzender von S-H oder LA-Sprecher der FDP-Berlin aktive TUI-Lobbyist nach Umzug in den Oder-Spree-Kreis den FDP-OV Bad Saarow/Scharmützelsee neu gegründet hatte. Mit höchster Sach- und Fachkenntnis legte er die Tätigkeiten von Berufslobbyisten dar, deren Hauptaufgabe darin bestehe, einerseits Branchen-Informationen Richtung Parlament zu geben andererseits Informationen aus Parlament und Umfeld Richtung Branche. Ausführlich legte er Qualität und beidseitiges Interesse an derartigen Informationen dar, sowie die per Gesetz sowie Ehrenkodex geregelten Vorgehensweisen. Bei lebhafter Diskussion betonte er, nach seinem Erfahrungsstand seien 95 % der Lobbyisten sauber.

## Made in Moabit

*Katja v. Maur vom OV Tiergarten*

Bei bestem Sonntagssommerwetter war der Andrang im Walhalla riesig: Gastreferentin beim Politischen Brunch der FDP Tiergarten am 27. Juni 2010 war Heike Pfeiffer, Leiterin der Geschäftsstelle des Unternehmensnetzwerks Moabit e.V. Das Unternehmensnetzwerk Moabit wurde Ende 2009 gegründet und hat sich unter anderem die Verbesserung der Standortbedingungen für Unternehmen, die Erhöhung der Attraktivität Moabits für Anwohner und Besucher und die Verbesserung des Standortimages zum Ziel gesetzt. Mitglieder des Netzwerks sind Moabiter und weitere Unternehmen aus zahlreichen Branchen sowie weitere Institutionen, aber auch interessierte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Frau Pfeiffer stellte das Netzwerk vor und diskutierte mit uns über laufende und geplante Aktivitäten zur Standortoptimierung. Am meisten erhitzen sich die Gemüter an der Frage, wie potenziell ausbildungswillige Jugendliche und Arbeitgeber zueinander finden. Denn das Netzwerk will sich auch stark fuer Bildung und Ausbildung engagieren. [www.netzwerk-moabit.de](http://www.netzwerk-moabit.de)

## In der Siemensvilla

*Bettina v. Seyfried vom OV Wedding*

Die OV-Vorstands-Treffen galten Neuaufnahmen und diversen Planungen, vorrangig dem Kultur-Sommer-Event, der gemeinsam mit allen OVs und dem Bezirksvorstand Mitte am 17. Juli stattfinden wird.

Ein FDP-Berlin übergreifendes Ereignis wurde der Besuch des OV-Lichterfelde-Lankwitz am Arbeitsplatz der OV-Vorsitzenden Bettina v. Seyfried in der Siemensvilla in Lankwitz. Der Initiative der Bezirksvorsitzenden Mathia Specht-Happel aufgegriffen von der OV-Vorsitzenden Gudrun Grimpe-Christen, die die prächtige Villa endlich von Innen sehen wollten, schlossen sich 15 weitere Personen an. Es wurde ein informativer Aufenthalt im Deutschen Musikarchiv der Deutschen Nationalbibliothek und der einmaligen Villa, erbaut von Herren Correns, übernommen von Herrn v. Siemens und seit Jahrzehnten im Besitz des Bundes. Die vielfältigen Eindrücke wurden im Anschluss im Garten des Ehepaares Augstin bei kühlenden Getränken und Knabberlein in vertrauten und bezirksübergreifenden Gesprächen gebührend behandelt.

## Vielfalt statt Einfalt!

*Justus Leonhardt von den JuLis Mitte*

Faire Chancen für alle in der Bildung - gegen die Einheitsschule! Unter diesem Motto stand die Aktion der JuLis-Mitte am Vormittag des 03. Juli an der Kreuzung Torstraße / Schönhauser Allee. Ziel war es, die Berliner über den bildungspolitischen Irrweg des Senats zu informieren und ihnen unsere liberalen Alternativen aufzuzeigen. Der Rot-Rote Senat steuert Richtung Einheitsschule: Zugang zum Gymnasium per Losverfahren oder Benachteiligung der Gymnasien im Rahmen der Schulstrukturreform sind nur zwei Beispiele für diese Entwicklung. Die Reaktionen der Menschen haben uns gezeigt, wie wichtig es ist, gerade jetzt auf sie zuzugehen. Ebenso ehrlich, wie wir Kritik an der Arbeit der Regierungskoalition üben können, müssen wir selbstbewusst unsere politischen Inhalte vertreten.

Darüber hinaus regiert der „König Fußball“, auch bei uns JuLis: Nach einem gemeinsamen Public-Viewing zum Auftaktspiel gegen Australien stand auch unsere Mitgliederversammlung, zu welcher uns Henner Schmidt MDA als Gast beehrte, im Zeichen der WM.

## Personalien

(au) Wir haben einen neuen Bundespräsidenten, im dritten Wahlgang wählte die Bundesversammlung den niedersächsischen Ministerpräsidenten **Christian Wulff** ins Amt. Der unterlegene Kandidat **Joachim Gauck** hatte wenige Tage später auf dem Sommerfest in Schloss Bellvue prägenden Auftritt: Als Altrocker **Peter Maffay** „Über sieben Brücken musst du gehn“ intonierte, sprang Ex-DDR-Dissident Gauck auf die Bühne und sang unter großem Beifall den Refrain Freiheitslieds mit Maffay im Duett.

(au) In einer Nachwahl zum Vorstand wählten die Mitglieder des OV Hackescher Markt zu ihrer neuen Schatzmeisterin **Astrid Böttcher** und zu einem neuen Beisitzer **Thilo Maluch**. Nachwahlen waren erforderlich geworden, nachdem **Fabian Waetzold** wegen frischer Vaterschaft (LC gratuliert) und **Christian Stelkes** wegen beruflichen Umzuges nach Bonn die Ämter niedergelegt hatten.

(au) Von ungebrochener Herzlichkeit ist das Engagement der Berliner Liberalen für Gleichstellung lesbischer, schwuler, bisexueller und transsexueller Menschen und gegen Homophobie. Auf dem Stand der Jungen Liberalen und des AK LiSL der Berliner FDP, trefflich organisiert von LiSL-Chef **Sebastian Ahlefeld** (Kreuzberg-Friedrichshain), zeigten Flage etwa aus dem Europaparlament **Alexandra Thein** MdEP (Steglitz-Zehlendorf), aus dem Bundestag der Parlamentarische Staatssekretär **Jan Mücke** MdB (Sachsen) sowie **Michael Kauch** MdB (NRW), **Holger Krestel** MdB (Tempelhof-Schöneberg), **Christine Aschenberg-Dugnus** MdB (Schleswig-Holstein) und aus dem Abgeordnetenhaus Fraktionschef **Christoph Meyer** MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf), unser Abgeordneter aus Mitte **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt), **Mirco Dragowski** MdA (Tempelhof-Schöneberg) und **Sebastian Czaja** MdA (Marzahn-Hellersdorf). Der Wagen der Jungen Liberalen auf der Christopher-Street-Day-Parade, trefflich organisiert von **Lukas Karnasch** und der unermüdlichen **Kati Wollschläger**, sah neben dem auch hier mitfeiernden Landes- und Fraktionsvorsitzenden Christoph Meyer etwa den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung **Markus Löning** (Steglitz-Zehlendorf), Landesschatzmeister **Lars Lindemann** MdB (Charlottenburg-Wilmersdorf), aus dem BV Mitte den JuLi-Landesvorsitzenden **David Issmer** (Gendarmenmarkt), Landesvorstandsmitglied **Christian Platzer** (OT) und den Vorsitzenden des OV Gendarmenmarkt, **Stefan Scholz**.

(au) **Frank Schäffler** MdB (NRW) hat sich mit ebenso klaren wie unerschrockenen Worten zur liberalen Ordnungspolitik und dem Prinzip des Marktes viele Freunde gemacht. Ausdruck fand dies etwa in einer gut besuchten Diskussionsveranstaltung mit ihm, welche der Parteifreund und Spandauer Bezirksvorsitzende **Kai Gersch** MdA im Abgeordnetenhaus organisierte und moderierte, oder in dem Unterstützeressen für Frank Schäffler, welches auszurichten sich die „Freiheitsfreunde Berlin“ die Ehre gaben.

(au) Das juristische Referendariat mit politischer Gestaltungslust zu vereinbaren weiß der JuLi-Landesvorsitzende **David Issmer** (Gendarmenmarkt): Für drei Monate ist er im Planungsstab des Bundeswirtschaftsministeriums tätig.

(bvs) Parteibesuch: Am Arbeitsplatz im Deutschen Musikarchiv konnte Bezirksvorstandsmitglied **Bettina v. Seyfried** (Wedding) Besucher des OV Lichtenfelde-Lankwitz um die Bezirksvorsitzende **Mathia Specht-Happel** begrüßen.

(au) **Gaby Heise**, unsere ehemalige Landesvorsitzende und Bundestagskandidatin, hatte sich nach ihrem Umzug nach Stuttgart zunächst bürgerlichem Beruf und Familie gewidmet – und ist jetzt zurück in der Politik. So schreibt die *Stuttgarter Zeitung*: „Frechheit siegt, mag sich Gabriele Heise gedacht haben, als sie sich im Ratskeller selbstbewusst vor die gut 130 Liberalen stellte und frank und frei erklärte: ‚Im Filderwahlkreis hat die FDP die besten Chancen - und deshalb möchte ich dort Kandidatin werden.‘ Am Tag danach, mit der knapp gewonnenen Stichwahl gegen den amtierenden Abgeordneten Dietmar Bachmann im Rücken, gab sich die 43-jährige Juristin eher bescheiden: ‚Ich hatte wirklich nicht damit gerechnet, in den entscheidenden Wahlgang zu kommen.‘“ Auf den Glückwunsch aus ihrem alten Verband bedankt sich Heise: „Ich habe im LV Berlin viel gelernt.“

(au) In einem Artikel über die umweltpolitischen Sprecher der Fraktionen im Berliner AGH erwähnt die *taz* unseren Abgeordneten aus Mitte, **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt): „Für die Grünen ist Buchholz trotzdem eine Reizfigur. ‚Öko-Feigenblatt‘ heißt er dort. Er erwecke mit seinem Engagement den Eindruck, dass die SPD hier etwas tue, könne sich aber nicht wirklich durchsetzen, ist von Schäfer zu hören. FDP-Umweltpolitiker Schmidt beispielsweise hinterlasse in seiner Fraktion größere Spuren: ‚Der hat die dazu gebracht, dass die nicht mehr grundsätzlich nein zu einem ordnungspolitischen Klimaschutzgesetz sagen‘, sagt Schäfer. Das sei noch vor kurzem undenkbar gewesen.“

## Leserbriefe

### *Benjamin Rösch (OV Gendarmenmarkt)*

Viel wird derzeit angesichts der dramatischen Umfrageergebnisse über die inhaltliche Ausrichtung unserer Partei diskutiert. Und auch die Juni-Ausgabe von LC beschäftigte sich an mehreren Stellen mit diesem Punkt. Was dabei aber immer wieder auffällt ist, dass viele Diskutanten anscheinend tatsächlich dem Mantra der Massenmedien glauben, die Lösung läge in einer „sozialliberalen“ Linie. Doch damit laufen wir in eine gefährliche Falle. Es gibt nämlich bereits eine sehr erfolgreiche „sozialliberale“ Partei in Deutschland: Die Grünen. Und wenn wir die zu kopieren versuchen, können wir nur verlieren. Dies nicht nur im direkten Kampf um die gutsituierten Harmoniefanatiker, auf die eine „sozialliberale“ Politik abzielt, sondern gleichzeitig auch den um die klassischen FDP-Wähler, die eine realistische, lösungsorientierte Politik wünschen, die sich auch nicht vor notwendigen Härten scheut. Die 14,6 Prozent vom 27. September 2009 bekamen wir nicht trotz, sondern wegen der Ankündigungen unseres Parteivorsitzenden, neben dem Zuckerbrot endlich auch wieder die Peitsche auszupacken und dem deutschen Volk zur Sicherung unserer aller Zukunft auch harte Einschnitte zuzumuten. Und die 5 Prozent in den aktuellen Umfragen sind nicht einem plötzlichen Umdenken von einigen Millionen Wählern geschuldet, sondern dem offensichtlichen Mangel an Durchsetzungsvermögen unserer Spitzenpolitiker in der Koalition. FDP-Wähler sind anspruchsvoll. Sie wählen uns, damit wir zukunfts- und lösungsorientierte Politik für Deutschland machen. Wenn wir diesen Auftrag nicht erfüllen, wechseln sie ohne mit der Wimper zu zucken ins Lager der Nichtwähler oder sehen sich nach einer Alternative um, die nicht nur verspricht, das geringste Übel zu sein. Es muss jetzt Schluss sein mit einer Politik, die versucht, niemandem weh zu tun, die sich vor (unsinnigen) Vorwürfen der „sozialen Kälte“ oder des „Nationalismus“ (etwa beim Thema gesteuerte Einwanderung) scheut und sich nur um ausgewählte Klientel kümmert. Wie Minister Niebel schon in einem anderen (deutlich unpassenderen) Zusammenhang sagte: Es ist 5 vor 12.

Wir freuen uns über Post.  
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an  
[redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de)  
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu  
veröffentlichen oder zu kürzen.

## Schlusswort

### **Wahrhaftigkeit und Respekt**

*von Anno Blissenbach*

... eigentlich selbstverständliche Tugenden. Sie dem Bundespräsidenten entgegen zu bringen – und somit dem obersten Symbol des demokratischen Deutschland – war über Jahrzehnte einvernehmliche Praxis. Dass in letzter Zeit verstärkt gegen diesen Konsens verstoßen wurde, ist nicht hinnehmbar: Völlig unerträglich ist, wenn dem im Volk höchst beliebten Bundespräsidenten Horst Köhler wider besseren Wissens aus rein parteitaktischen Motiven von SPD-Chefdelegierte Sigmar Gabriel, LINKE-Chefkaparettist Gregor Gysi und GRÜNEN-Chefarroganzler Jürgen Trittin unterstellt wird, er stehe ausserhalb der Verfassung: Ist er doch oberster Repräsentant eben dieser Verfassung. Fast noch unerträglicher ist, wenn Teile der Presse auf unverantwortliche Weise das Ansehen der Person des Bundespräsidenten herabwürdigen. Z.B. unter der Schlagzeile „Das Schlossgespenst“ eine des Gesichts beraubte Silhouette Horst Köhlers abzubilden ist nicht nur schlechtester Geschmack: Es stellt sich die Frage, ob eine solche Beleidigung und Herabwürdigung von Person und Amt die Grenze zum Straftatbestand nicht bereits überschritten hat.

Mit seinem Rücktritt hat Horst Köhler ein mutiges, deutliches, längst überfälliges Zeichen gegen unakzeptable Verrohung der Sitten sowie nicht hinnehmbares Abhandenkommen von Anstand, Respekt und Wahrhaftigkeit gesetzt. Für diesen selbstlosen Schritt umfassendster Zivilcourage gebührt ihm höchster Respekt, höchste Anerkennung und größter Dank.

Das tragische, nein verwerfliche ist, dass die Adressaten von Köhlers Botschaft ihrerseits zu blind, zu taub, insbesondere aber zu ignorant und arrogant sind, diese Botschaft anzunehmen und Besserung zu geloben. Stattdessen treten sie die verbale Flucht nach vorn an, rufen: „haltet den Dieb“, richten den Finger auf Köhler statt auf sich selbst – und meucheln Horst Köhler somit gleich ein zweites Mal!

„Was vielen abhanden gekommen ist, das ist die Haltung: So etwas tut man nicht.“ sagte Horst Köhler in seiner „Berliner Rede 2009“. Und seine letzten Worte bei der Verabschiedung waren: „Respekt und Wahrhaftigkeit sollten in der Politik unseres Landes einen festen Platz behalten.“ – Beidem ist nichts hinzuzufügen.

## Termine

### **Juli 2010**

- 08.07 19.30h BV Mitte: **Bezirksausschuss** im „cum laude“ (Universitätsstr. 4)
- 10./11.07. FNF: **Wochenendseminar** „Globalisierte Politik und ihre Bedeutung für Berlin“ – mit Kay Ehrhardt, Christoph Meyer MdB, Henner Schmidt MdB u.a. – in der Reinhardtstr. 12 – Info und Anmeldung [Martin.Hoeck@freiheit.org](mailto:Martin.Hoeck@freiheit.org)
- 17.07 16.00h OV Wedding, BV Mitte, OVe Gendarmenmarkt, Hackescher Markt, OT & Tiergarten: **Kultur-Sommer-Event**. 16.00h führt Dr. Rainer Atzbach durch die Ausstellung Burg und Herrschaft, Deutsches Historisches Museum (Hinter dem Gießhaus 3); ab 19.00h Sommerfest mit Grußwort von Björn Jotzo MdB im Centre Français de Berlin (Müllerstr. 74)
- 20.07 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Diskussionsrunde** zur aktuellen Situation und Perspektive der FDP – mit Markus Löning – im AGH (Niederkirchner Str.), Raum siehe Display
- 25.07 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 28.07 19.00h OV Gendarmenmarkt & OV Tiergarten: **Sommerfest** – in der Strandbar „Gestrandet“ an der Jannowitzbrücke

### **August 2010**

- 03.08 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 25.08 18.00h OV Tiergarten & LFA Kultur: **Kultursommerabend** – mit Prof. Dr. H. Pazinger – Info [www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)
- 25.08 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 31.08 BV Mitte: **Diskussionsveranstaltung** zur „Wettbewerbsordnung in der Gesundheitspolitik“ mit StS Daniel Bahr MdB – Info [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)

### **September 2010**

- 06.09 20.00h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** im Simon (Auguststr. 53)
- 07.09 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 08.09 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz 1), Raum 505
- 14.09 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Amici (Markgrafenstr./Jägerstr)
- 21.09 19.30h LV Berlin: **Landesausschuss** Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz 1) BVV-Saal
- 26.09 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 29.09 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter [www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de).

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).